

## Steuerparadies Schweiz und die Entwicklungsländer

14. April 2009

Bis vor Kurzem war das Bankgeheimnis in der Schweiz unantastbar. Doch jetzt, unter dem Druck der USA und der EU, findet ein Umdenken statt. Der Bundesrat hat nun entschieden, künftig nicht nur bei Steuerbetrug, sondern auch in Fällen von Steuerhinterziehung Amtshilfe zu leisten. Die Lockerung des Bankgeheimnisses käme nicht nur den USA und der EU zu Gute, sondern auch den Entwicklungsländern. Denn sie sind diejenigen, die am meisten unter der Steuerhinterziehung leiden. Den Entwicklungsländern entgehen jährlich allein durch fehlende Amts- und Rechtshilfe bei Steuerhinterziehung mindestens 5,4 Milliarden Franken Steuereinnahmen.

Fastenopfer war bereits letzten November an der UNO-Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung in Doha (Katar) mit dieser Thematik präsent und argumentierte für die Bekämpfung der Kapital- und Steuerflucht. Während der Verhandlungen sprach sich die Schweiz dafür aus, auch eine Ausweitung des Zinsbesteuerungsabkommens auf Entwicklungsländer prüfen zu wollen. Damit wäre ein erster Schritt zur Eindämmung der ungleichen Behandlung von Entwicklungsländern gegenüber der EU oder den USA getan.

Fastenopfer sieht bei diesem Thema grossen Handlungsbedarf. Gemeinsam mit Alliance Sud und anderen Werken wurde ein Argumentarium erarbeitet, das zur Ausweitung der Steuerdiskussion auf die Beziehungen mit den Entwicklungsländern beitragen soll. Des Weiteren nahm Fastenopfer letzten Februar an einer Konsultation der Expertenkommission der UNO zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems teil, die von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz geleitet wird.

### Downloads

- [Das Argument der Entwicklungsorganisationen](#) (pdf)
- [Die Eingabe an die Stiglitz-Kommission](#) (pdf)